

Saalefische Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Landeszeitung für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

(Postlegiert 1703)

226. Jahrgang, Nr. 63 a

Die Saalefische Zeitung erscheint täglich in mittelmittleren Druckverhältnissen. Verkaufspreis: 10 Pfennig. Abonnement: 2,50 M. pro Quartal, 8 M. pro Halbjahr, 15 M. pro Jahr. Ausland: 3 M. pro Quartal, 10 M. pro Halbjahr, 18 M. pro Jahr. Postumschickung: 10 Pfennig. Anzeigen: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag. Inserate: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag. Druckerei: Saalefische Zeitung, Druckerei, Halle a. S., Poststraße 10. Telefon: 226 09/10. Berlin: Bernburger Straße 20. Telephon: 226 09/10.

Freitag
15. März 1929

Abonnement für die Saalefische Zeitung 10 Pf. für Familienmitglieder 6 Pf. Abonnement nach Zahl der Personen: 10 Pf. für Familienmitglieder 6 Pf. für Einzelne 4 Pf. Halle (Saale), Bernburger Straße 10. Berlin, Bernburger Straße 20. Telephon: 226 09/10.

379 Millionen neue Steuern

Reichsfinanzminister Hilferdings Etatsrede im Reichstag

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 14. März.

Auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung am Donnerstag fand die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für 1929 in Verbindung mit den Deckungsvorlagen.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding erzielte sofort das Wort. Er wurde von den Kommunisten mit dem Rufe begrüßt: „Dr. Eisenhart!“ Der Finanzminister erklärte:

„Die Hauptaufgabe bei der Aufstellung des Etats für 1929 war, völlige Klarheit über die finanzielle Lage des Reiches zu schaffen. Es ist zwar gelungen, das Defizit des außerordentlichen Haushaltes von rund einer Milliarde durch Veranlassung von Hebeschlüssen des ordentlichen Etats und Aufhebung des Reichsmittelanschlusses zu senken, er beträgt aber noch immer 379 Millionen. Bei der Lage des Kapitalmarktes ist es in absehbarer Zeit nicht möglich, dieses Defizit durch langfristige Anleihen zu decken. Inzwischen ist auch der Vorschlag, dem Reich durch den Verkauf von Vorkursaktien der Reichsbahn die erforderlichen Geldmittel zu verschaffen.“

Diese Lage des außerordentlichen Etats ist der Schlüssel zum Verständnis für

Die schwierige Kassenlage

in der sich das Reich befindet. Nach Erschöpfung der Deckungsmöglichkeiten ist in der Kasse ein Defizit von über 500 Millionen entstanden, das durch kurzfristige Anleihen gedeckt werden mußte. Zu diesem Zweck ist es notwendig geworden, Schapanweisungen und Schatzwechsel bei den Versicherungsträgern in Höhe von 100 Millionen und bei den Banken in Höhe von 180 Millionen Markt unterzubringen. In den letzten Monaten hat sich die Kassenlage besonders verschlechtert; nicht zuletzt wegen der großen Arbeitslosigkeit. Die Lage ist zweifellos ernst.“

Der Minister erklärte dann, daß es unter diesen Umständen kein Verbleiben des außerordentlichen Haushaltes möglich ist. Er hat sich für den Weg entschieden, außerdem habe er gesetzliche Maßnahmen vorgeschlagen, um in Zukunft zu verhindern, daß über den außerordentlichen Haushalt Ausgaben ohne tatsächliche Deckung vorgenommen würden. Der Minister ging dann

zum ordentlichen Haushalt

über, der mehr als jeder vorhergehende im Reich der Reparationslasten (siehe. Angehörig der Reichs-Verhandlungen) könne er auf die Reparationsfrage nicht eingehen. Die Verantwortlichkeit der deutschen Schuldverpflichtungen könne dafür, daß kein Beschäftigungspunkt und damit kein Einkommen für die Bevölkerung herbeigeführt werden kann. Die Regierung werde sich den vollen Ernst einer freiwillig gemessenen Unterstützung für die Zukunft des Volkes vor Augen halten, wenn es gelte, über das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz zu entscheiden. Der Minister betonte die Notwendigkeit, das Gleichgewicht im Haushalt aufrechtzuerhalten. Ein Betrag von über 600 Millionen habe bei der Aufstellung des Etats gefehlt. Ein Defizit habe er unter allen Umständen vermeiden wollen. Es blieben nur Streichungen, Kürzungen der Hebeschlüsse und Steuern.

Steuerverhöhungen

übrig. Steuererhöhungen könnten dabei aber nur als letztes Mittel in Betracht kommen. Sie müßten angelehnt an die vorhandenen Steuerlasten und die niedrigeren Konjunktur nach Möglichkeit vermieden werden. Es müßte daher in erster Linie der Weg der Sparfamkeit beschritten werden. Die Regierung, so erklärte der Minister, sei grundsätzlich bereit, weitere Streichungen zu unternehmen. Zusätzlich sei aber für Streichungen ein geringerer Spielraum vorhanden, als in der Öffentlichkeit angenommen werde. Einmal könnten sie nur verteidigt werden, wenn sie wirtschaftlich vernünftig und sozial erträglich seien. Darüber hinaus dürften sie nicht durchgeführt werden, weil im folgenden Jahre die Mehrausgaben in doppelter Höhe wiederkehren.

Der Minister sprach dann

die Deckungsvorlagen.

Die Kürzung der Steuererhöhungen der Länder und Gemeinden sei angelehnt an den Zwang der Reparationslasten gerechtfertigt. Sie sei auch erträglich, weil den Ländern und Gemeinden eine Gesamtsumme bleibe, die die Sollüberweisungen von 1928 noch übersteige. Trotz dieser Kürzungen und der Hebeschlüsse der Steuererträge seien Steuererhöhungen von insgesamt 379 Millionen erforderlich. Das Schwergewicht solle

auf die Alkoholsteuern gelegt werden, weil das deutsche Steuerrecht in diesem Punkte einen Mangel aufweise. England beispielsweise erhebe von Branntwein das Biersteuern, das Bier sogar das fünfte der deutschen Steuer. Der Minister betonte, daß er die gegen die Steuererhöhungen geltend gemachten Gründe nicht verkenne. Es komme aber vor allem darauf an, sich nicht den Weg für eine künftige Steuerentlastung zu verbauen. Das würde geschehen, wenn man jetzt den Ausgleich durch Scheinbare Streichungen oder sonstige unzulässige Deckungsmittel finden wollte. Diese künftige Reform müsse vor allem auf Beseitigung der Zuckersteuer und die Milderung der direkten Steuern gerichtet sein.

Der Minister erinnerte weiter an die geltend gemachten

Ansprüche der Länder gegen das Reich.

Wenn es zu einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes komme, so würden wahrscheinlich weitgehende Eingriffe in den Haushalt von Reich und Ländern die Folge sein. Deshalb halte es die Reichsregierung für richtig, den Versuch zu machen, diese Fragen im Wege des Ausgleichs mit den Ländern zu lösen. Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß die verlässliche Einbringung des Etats in erster Linie eine Folge der politischen Verhältnisse sei. Die Erwartung, daß es gelingen würde, eine feste Regierungsbasis zu schaffen, habe sich nicht erfüllt. Die Regierung habe deshalb einen Protest eingelegt, um dessen Berücksichtigung sie bitte.

Bei der Besprechung der 250-Millionen-Anleihe für die Arbeitslosenversicherung betonte der Minister, er habe diesen Vorschlag in den außerordentlichen Etat nur in der Erwartung eingelegt, daß noch in diesem Sommer eine Revision dieses Versicherungsgesetzes erfolge. (Hört! hört!) „Die Regierung“, so versicherte Dr. Hilferding zum Schluß, „hat beschloffen, seinen Antrag zurückzuziehen, der die Reichsfinanzen neu belastet.“ Wer stehen zu diesem Beschluß mit aller Entschiedenheit und unter Einfluß unferer politischen Ereignisse.“

Nach der Ministerrede begründete Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) einen

Mißtrauensantrag gegen Sebring

wegen der jüngsten Vorfälle in Böhmen und anderer Vorfälle gegen Stahel und Nationalsozialisten.

In der allgemeinen Aussprache, die nach einer Mitteilung des Präsidenten über am Montag beendet werden soll, nahm als erster Redner Abg. Dr. Dersch (Soz.) das Wort. Er wies darauf hin, daß im vorigen Jahre Dr. Hilferding als Oppositionsrechner schon vorausgesagt habe, welche Schicksal die nächste Finanzminister übernehmen müsse. Schon seit 1926 lähme das Reich ein beträchtliches Defizit mit sich herum. Mit dem Minister seien auch die Sozialdemokraten gegen jeden offenen oder versteckten Defizit. Sie lehnten deshalb auch solche Mittel ab, die nur eine Scheindeckung bringen würden, wie die Veräußerung von Vorkursaktien der Reichsbahn. Kennenwertes Sparpatente würden sich beim Budget machen lassen. Der Staatsbankrott habe mehrwöchentlich nicht die Möglichkeit entdeckt, die zweite Rate zum Bankrott schiff A zu sparen. Dagegen wolle der Staatsbankrott über die Hälfte von den sozialpolitischen Ausgaben streichen, obwohl es sich dabei um wirklich produktiv wirkende Ausgaben handele, zum Teil um solche, auf die die Sozialisten einen Rechtsanspruch haben. Angehörig der großen Finanzminister dürften sich auch die Deutsche Volkspartei nicht länger trüben gegen eine Kürzung der übermäßig hohen Pensionen. Die unbillige Stellungnahme zu der Biersteuer behalte die Partei sich vor. Bei den Besteuerungen müßten größere Entlastungen erzielt werden. Eine Besteuerung der öffentlichen Betriebe lehnte der Redner ab. Der Redner betonte zum Schluß, daß seine Partei die volle Verantwortung trage für die Finanzpolitik der jetzigen Regierung. Sie wisse, daß dieser Etat das Schicksal der jetzigen Regierung sei.

Dr. Oberjochen (Dnat.)

erklärte, die diesmalige Einbringung des Etats bilde nicht nur formell ein Gesetz, sondern auch politisch ein Antrost. Erklärung des gegenwärtigen Reichsfinanzministers. Sie sei gleichzeitig ein äußeres Anzeichen dafür, daß sich die jetzige Reichsregierung weder allgemeinpolitisch, noch finanzpolitisch den Schwierigkeiten gewachsen gezeigt habe. Die Aktionsunfähigkeit der Regierung habe einen Grad erreicht, der kaum noch überboten werden könne. Der leichtfertige Schritt des Herrn Reichhold in der Umfassung der Finanzen und die Denkung der Dohmeyer als erster und fast einziger politischer Akt der neuen Regierung seien die Marksteine auf dem Wege zu dem jetzigen Defizit. Die Methode der Geh-

beschaffung, mit der der Finanzminister sich zu helfen suche, könne nur als grandiose Samwirtschaft bezeichnet werden.

Der Redner wandte sich gegen die Kürzung der Hebeschlüsse an die Länder und Gemeinden. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen würden von keiner Partei grundständig abgelehnt. Die Gesamterläufe in Deutschland sei nicht mehr steuerertragsfähig. Der Redner forderte energische Ausgabenlenkung. Man müsse in dieser Notzeit auch den

Wut zu Gesetzesänderungen

aufbringen, um der Zwangslage von Ausgaben entgegenzutreten. Der Redner betonte, daß die Gegner an ihrer Ausraubungsmacht um so mehr festhalten würden, wenn man die deutsche Wirtschaft für völlig tauglich, so geringe Steuererhöhungen aufzubringen. Auf die Dauer könne die Möglichkeit eines aus-

Zweite Mittelmeerfahrt des Zeppelins

(Telegraphische Meldung)

Friedrichshafen, 14. März.

Der Luftschiffbau Zeppelin teilt mit, daß auf Grund des vielfachen Drängens von vorgereichteten Passagieren, die zum Mittelmeer nicht mehr zugelassen werden konnten, etwa am 15. April eine Wiederholung des Mittelmeerfluges angesetzt werden ist. Wenn möglich, soll dieser Flug auch in den westlichen Teil des Mittelmeeres hinein erweitert werden. Der Flugpreis ist auf 3000 Mark je Flugtag festgelegt worden. Die Sudunen hat wieder die Hamburg-Amerika-Linie. Vorkünftig stehen wiederum zwölf Betten für zahlende Passagiere zur Verfügung.

geglichenen Etats selbst bei größter innerer Sparfamkeit nur durch eine Verringerung von den Daneslasten kommen.

Dr. Brüning (Ztr.) erklärte, das Zentrum wolle neue Einnahmeweisen nur dann bewilligen, wenn andere Mittel zur Deckung des Defizits nicht zu finden seien. Der Wettbewerb der Parteien und Organisationen um die Mehrheitsmehrheit an den Ausgaben führe reichlich nicht zum Ziel. Bei der Arbeitslosenversicherung müsse geprüft werden, wie die Finanzierung dieser Versicherung überhaupt möglich sei, ob nicht die Arbeitslosbeiträge beträchtlich erhöht werden müßten. Das Zentrum wolle Streichungen bei den unverhältnismäßig hohen Langzeitskosten der Diplomaten, beim Budget und bei den Kaufverordnungen der Marineleitung beantragen. Streichungen an notwendigen sozialen Ausgaben lehne es ab.

von Sybel (Hr.-Nat. Bauernp.) protestierte gegen jede Steuererhöhung für die Landwirtschaft. Die Vermögenssteuer verbinde jede Kapitalbildung. Auch die Erbschaftsteuer treffe in erster Linie die Landwirtschaft. Seine Partei werde ihrer Ausgabenüberhöhung zustimmen. Der Redner lehnte die Etats des Wirtschaftsministers, des Innenministers und des Arbeitsministers ab, letzteren, da die Politik des Arbeitsministers darauf hinfiele, die Kaufkraft zu stärken.

Darauf wurde die Beratung abgebrochen. Die weitere Aussprache zum Etat wurde auf Freitag vertagt.

Beschlüsse des Reichsrats

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 14. März.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag einen Gesetzentwurf über die deutsch-litauischen Verträge, ferner ein internationales Übereinkommen über Einrichtung von Verfahren zur Festlegung von Mindestlöhnen. Auch der Verlängerung des Gesetzes zur Regelung des Verkehrs mit Milch wurde zugestimmt. Annahme fand auch ein Antrag Breubens, anlässlich der Vereinigung Wabes mit Preußen besondere Beiratsstellen zu beschreiben. Ein Antrag des Finanzministers auf Zulassung eines händiger Eigenverordnungsverfahrens mit möglichem Maß, förmlichen Kopiers und Nachgänger zur Herstellung von Ausfuhrwert wurde genehmigt, ebenso eine Anordnung, landwirtschaftlichen Brennerien ausnahmsweise die Verarbeitung durch Freit geschäftlicher Mägen zu erlauben. Schließlich stimmte der Reichsrat einer Verordnung zu, wonach insofern der Arbeiterlohn 400 auslandische landwirtschaftliche Arbeiter mehr als sonst bereits am 1. April beschäftigt werden dürfen.

Warum keine Kältezulagen für Polizei?

Sie hätte keinen leichteren Dienst als Bahn und P.K.

Bekanntlich haben Reichsbahn und Reichspost ihren Beamten in Folge der übergroßen Kälte dieses Winters und der dadurch bedingten erschwerenden Dienstleistungen einmalige Geldunterstützungen gewährt. Aber auch die Polizeibeamten haben schwer unter der kalten Witterung zu leiden gehabt, ohne daß man bisher davon hörte, daß sie, wie die Reichsbahn- und Reichspostbeamten, eine besondere geldliche Unterstützung bekämen. Wie nun die „Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz“ erfährt, haben sich jetzt der Verband preussischer und der Verband sächsischer Polizeibeamten mit einer Bitte um Gewährung von Kältezulagen an das preussische und an das sächsische Innenministerium gewandt.

Es wäre zu wünschen, daß die Polizeibeamten mit einer solchen Unterstützung bedacht werden; denn der Außendienst dürfte in diesem Winter für die Polizeibeamten gewiß nicht weniger gesundheitsgefährlich gewesen sein wie für die Beamten der Reichsbahn und der Reichspost.

Wird die „Ratsfeneke“ Stadtschiff?

Der Grundbesitz-Ausschuß vertritt die Angelegenheit

In der vorgelagerten Sitzung des Grundbesitz-Ausschusses der Stadterwerbsamt-Versammlung wurde neben anderen Dingen eine nicht unwichtige Angelegenheit verhandelt. Der berufliche Vorgesetzte der „Ratsfeneke“ nämlich, der Gastwirt Kunge, hat vor einiger Zeit an den Magistrat heran mit dem Angebot, von seinem Vertrag mit der Stadt aus Gesundheitsrückgründen zurückzutreten zu wollen, und zwar bei Räumung nicht nur des Restaurants, sondern auch der Wohnung, ohne daß Befehligung oder Ersatzraum von ihm gefordert würde. Als Gegenleistung verlangte er selbstverständlich eine entsprechende Abfindung. Die Verhandlungen zwischen der Stadt und ihrem Vorgesetzten führten nun zur Einigung auf eine Abfindungsumme von 12500 Mark, da der Magistrat für die Ratsfeneke und Stadtbibliothek Räume des alten Rathauses untergebracht sind, schon längst ein eigenes Gebäude sucht. Wenn auch der Grundbesitz-Ausschuß nicht veranlaßt, daß das alte historische Bauwerk der „Ratsfeneke“, bekanntlich eines der ältesten Häuser am Markte überhaupt, hierüber eine würdige und auch geeignete Unterfunkt für Archiv und Bibliothek darstellen würde, konnte trotzdem unter den Mitgliedern des Ausschusses keine Einigung erzielt werden; war doch bei einer Zustimmung zu den Verhandlungen des Magistrats nicht in letzter Linie die schon bestehende starke finanzielle Belastung durch die neuen Steuern zu bedenken, die der Haushaltung 1929 der Bürgerpflicht auferlegt. Der Ausschuh beschloß daher schließlich einstimmig die Vertagung der Beratungen über diese Frage.

Vortragsabend der halleischen Bismarckjugend. In einem von etwa 100 Schulpflichtigen besetzten Saale der Bismarckjugend der halleischen „F. V. M. V.“ brachte Bergpredigerinspektor J. u. S. die Bismarckreden; er schilderte die erlebnisreichen Tage des Kriegenschlusses und das heilige Vormärtsritzen der deutschen Soldaten an der Westfront. Wie sehr auch unsere heutige Jugend noch solchen Ausprägungen Verlangen und Begeisterung entgegenbringt, konnte man an den strahlenden Augen der Zuhörer und am Schluß des Vortrages aus dem starken Beifall entnehmen. Die desillusionale Bismarckjugend ist bestrebt, die Tradition zu erhalten und die Jugend im wehrhaften Sinne geistig und körperlich zu erziehen. Deshalb sollten sich noch recht viele schulpflichtige nationale Jungens der Bismarckjugend anschließen, um so mehr, als in den großen Breiten in einem Ferienlager in Weitin Gelegenheit zur gründlichen Erholung gegeben ist.

Kaffee Wintergarten. Heute, Freitag, den 15. März, sowie jeden Mittwoch und Freitag 5-11/2 Uhr. In der Weinleie das feinste Café-Schmoll-Sitzungsbüro.

Wohin gehe ich?

- Stadtheater:** „Die Hugenotten“ (8).
- Kaball:** Die internationale Ringkampf-Konkurrenz mit Otto Sufmann (8).
- G. Z. am Neubeckplatz:** „Nachtwelt“ (4, 6.10, 8.15).
- G. Z. Große魏ichstraße:** Der sprechende und tödliche Film (4, 6.10, 8.15).
- Uta Ute Brennecke:** „Die Rosalen“ (4, 6.15, 8.30).
- Uta Reipsiger Straße:** „Kinder der Straße“ (4, 6.15, 8.30).
- Schauburg:** „Der Präbiter“ (4.30, 6.30, 8.30).
- Moderne Theater:** Der hervorragende Spielplan (8).
- Neue Künsterleite:** Das große humorvolle Programm (8).
- Kafe:** Das Kabarett der Komiker (8).

In den ersten 10 Jahren

solte jede Mutter ihr Kind nur mit der reinen, milden

NIVEA KINDERSEIFE

waschen und baden. Das Kind wird es ihr einst danken, weil ihm dadurch später manche Sorge um die Erhaltung seines guten Teints erspart bleibt. Nivea-Kinderseife ist überfettet und nach ärztlicher Vorschrift besonders für die empfindliche Haut der Kinder hergestellt.

Preis 20 Pf.

Die schwierige Straßenreinigung

Der Magistrat ist bemüht, stets schnell die Säuberung vorzunehmen, aber dieser Winter brachte zu große Hemmungen

Mit der Ueberschrift „Sehr verehrte Straßenreinigung“ drachten wir in der Vorwoche den Brief eines unzufriedenen Mitbürgers an die halleische Straßenreinigung, in dem über den Zustand der halleischen Straßen während der letzten Schneefälle und beim Einsetzen des Tauwetters herbeigeklagt wurde. Ausnahme geht uns von Seiten der halleischen Straßenreinigung folgendes Schreiben zu, in dem diese sich entschließen gegen die ihr gemachten Vorwürfe vermahnt:

„Der Brief eines unzufriedenen Mitbürgers“ enthält verschiedene Unrichtigkeiten und Uebertreibungen!

Die Stadt hat zunächst die Reinigung der Bürgersteige und Straßen nicht fällig übernommen, vielmehr hat sie diese schon seit Jahren ausgeführt. Neu übernommen hat sie nur die Schneebeseitigung auf Bürgersteigen. Es ist nicht wahr, daß die Hausbesitzer aus dieser Übernahme irgendwelche besonderen Vorteile ziehen; denn die Kosten der Schneebeseitigung werden laut Ortsstatut auf die Grundeigentümer umgelegt, und somit bei den gegenwärtigen schweren Wintern der vorgelegene Antrag nicht ausreicht, wird die Uebersetzung in der Uebersicht des folgenden Jahres wieder eingesehen. Wenn über Nacht ein größerer Schneefall eintritt, so können natürlich bis zum folgenden Morgen die Bürgersteige nicht vollkommen vom Schnee befreit sein. In solchen Einzelfällen wäre es aber richtiger gewesen, der Einfahrer hätte die halleische Straßenreinigung (Magistrat, Untereinfahrt 648) an-

gerufen. Die sofortige Schneebeseitigung über Nacht ist übrigens auch früher nicht möglich gewesen, als die Hausbesitzer selbst noch die Schneebeseitigung und Streupflicht hatten. Schließlich ist der gegenwärtige Winter mit seinen außerordentlichen Schneemengen mit den Vorjahren überhaupt nicht zu vergleichen, in denen es nur wenig Schnee gab; davon abgesehen, daß die selten strengen kalten Werten und Winden in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind — um nur ein Beispiel zu nennen — die Straßeneinfahrer völlig bereit, so daß bei Tauwetter die Schneemaschinen nur ungenügenden Nutzen hatten.

Wenn die Hausbesitzer der Häuser verpachtet oder unbesetzt sind, so ist nicht die Stadtverwaltung, sondern der Hausbesitzer hierfür verantwortlich. Die Straßenreinigung und die halleische Hauspflicht tun alles, um die Abstellung derartiger Mängel herbeizuführen.

Dem Einfahrer scheint auch der Unterschied zwischen Kommunalisierung und Kommunismus nicht geläufig zu sein. Es erübrigt sich wohl, hierauf näher einzugehen. Die Gemein-Schneebeseitigung erlaubt — nur soweit sie gelangt — die Verwendung wirtschaftlich arbeitender Schneepflüge, Schneefräsen und Sandstrahlmaschinen, die seitens der Grundeigentümer nicht vorgehalten werden können. Es wäre der halleischen Straßenreinigung ein Bedauern, die von dem Einfahrer gewünschten Zufuhre zu erhalten, wenn sie auf die Kosten keine Rücksicht nähme. Diese werden aber an sich schon gut genug verwendet und die halleische Straßenreinigung ist überzeugt, daß der Einfahrer auch damit unzufrieden wäre.“

Ein Jahr vaterländische Frauenarbeit

Dieß Gutes wurde wieder durch den Opfermut dieser wertvollen Organisation geschaffen

Eine jährliche Anzahl bekannter halleischer Herren und Damen hatten sich am 15. März im Saale der „Stadt Dammberg“ versammelt, um den Jahresbericht des vaterländischen Frauenvereins entgegenzunehmen.

Nach einer Begrüßungsansprache, in der die erste Vorsitzende, Frau Krause-Dehne, der im verflochtenen Jahre verstorbenen Mitglieder, insbesondere des Generals Strübing und Frauen Wilhelmine, gedacht und ihren unermüdeten Mitarbeitern für treue Unterstützung gedankt hatte, rollte sie in ihrem Jahresberichte ein Bild großartiger Arbeit auf, die von den Vereinsmitgliedern zum größten Teile in ehrenamtlicher Tätigkeit geleistet wurde. Der Mitgliederbestand betrug rund 3000 Personen, an Einnahmen kamen 160 000 Mark ein, denen Ausgaben von 176 573 Mark gegenüberstanden; im Büro des Vereins waren 8300 Eingänge und 6800 Ausgänge zu verzeichnen.

Große Sorge machte dem Verein seine

Arbeits- und Pflegefälle. deren Verlegung in den letzten Jahren dauernd zurückging, da die Verhältnisse sich verschoben haben, weil heute sehr viele Organisationen derartige Anstalten, und zwar meist an der See oder an Seebädern, selbst eingerichtet. Die durchschnittliche Anzahl der Kinder bei Tag betrug im Jahre 1928 nur auf 48 Kinder gegen 64 im Jahre 1927. Man kann jedoch hoffen, daß auf Grund einer Vereinbarung mit dem halleischen Jugendamt das schöne Heim in Zukunft wieder besser ausgestattet wird. Die Studienhilfe konnte drei Studenten mit je 200 Mark unterstützen, die Ratsfeneke, in der wiederum einmal eine Anzahl Damen Garbwerke für Veteranen, Kriegs- und Invaliden und andere bedürftige Personen schmiedete, lieferte auch in diesem Jahre viel nützliche Arbeit. Eine besonders segensreiche Einrichtung der Mittagsstunde für gebildete Damen, die hier in freundschaftlicher Umgebung eine gute Mittagsstunde einrichten konnten; 7000 Maßgaben wurden kostenlos ausgegeben. Auch der monatliche „Frauenkranz“, der gute Gefelligkeit pflegt und einen engeren Zusammenfluß der Mitglieder bezweckt, fand wieder viel Anklang.

Auf dem Jahres-Arbeits-Tage wurde der halleischen Freiwilligen Sanitätskolonne ein Betrag von 100 Mark überwiesen. Besonders großen Anpruch an Arbeitsleistung und Opfermut stellte an die Mitglieder des Vereins die Hauptveranstaltung des Jahres, das „Spiel der Monate“, doch brachte sie auch einen Reinertrag von 10 000 Mark.

Fünf Reichsausschickserenungen wurden Veteranen von 1870/71, Veteranenwitwen von 1870/71, Kriegspensioner von 1914/18, ältere Damen und die Anstalten der Arbeits- und Pflegefälle besichtigt. Im Erholungsheim in Charlottenhof in Raffenberg fanden 30 Damen einen vierwöchentlichen, kostenfreien Erholungsurlaub. Zurzeit beschäftigt sich der Vorstand lebhaft mit dem Plane der Errichtung eines Damenheims auf dem Gelände der Arbeits- und Pflegeanstalt.

Nach Erstattung eines detaillierten Jahresberichts durch Geheimrat Dr. Reil und Bestätigung der Vorstandsmitglieder, zu denen Oberpostsekretär Frick als neugewählter Schriftführer hinzutritt, wurde sodann die Prämierung von 26 Frauen aus-

angestellten vorgenommen, die fünf oder zehn bis zwanzig Jahre in einer Familie dienten, so, Präsidentin Wilhelmine Schwanke konnte sogar auf eine Dienstzeit von 40 Jahren zurücksehen, gewiß ein Fall von seltener Treue, die der Verein durch die Verleihung eines Ehrenkreuzes anerkannte; die übrigen Jubilare erhielten neben einem Geldebetrage eine Urkunde und ein Diplom.

Ghrungen wurden folgenden 26 Ausnahmestellen zuteil:

- 5 Jahre waren tätig: Bertha Wolfian bei Frau Direktor Gentsch, Minna Wandau bei Frau Luise Nullich, Marie Gipsbach bei Frau Elisabeth Jend, Else Sarius bei Frau Oberbergstr. Herwegel, Anna Kling bei Frau Martha Wadding, Helene Krüger bei Frau Bangschützstr. Kraw, Lucie Paugert bei Herrn Kommerzienrat Dehne, Maria Nullich bei Frau Dr. dem. Hartmann, Maria Schöndel bei Frau Fabrikbesitzer Helene Wolf, Margarete Schulze bei Frau Oekonomin Daute, Helene Siemede bei Frau Meta Rewin, Anna Fritz bei Frau Geheimrat Hilde, Gertrud Wendt bei Frau Anna Gaier, Marie Wicht bei Frau Thelma Gedenhorst und Marie Weisse bei Herrn Geheimrat Gledner; 6 Jahre war tätig Ida Kupfer bei Frau Direktor Angelsen; 7 Jahre waren tätig Olga Daase bei Frau Direktor Krenzel und Olga Jahn bei Frau Professor Kandler; 10 Jahre war tätig Wilhelmine Nabis bei Frau Oebe Wollmann; 12 Jahre war tätig Ida Schulz bei Frau Rector Jend; 13 Jahre war tätig Luise Abel bei Frau-Professor Clausen und Auguste Wirth bei Herrn Robert Wehmann; 20 Jahre waren tätig Minna Thiele bei Frau Detlef-Heinrich Haffelner und Maria Willeman bei Herrn Theodor Krause; 24 Jahre war tätig Wilhelmine Schwanke bei Familie Schneider.

Die schöne Feierklang in einer warmen Ansprache des Oberpostsekretärs Frick und gemeinsamen Gesang aus. F. Z.

Jahresanstandsversammlung des „Vereins für Feuerbekämpfung.“ Der Verein für Feuerbekämpfung in Halle und Umgebung hielt vor einigen Tagen seine Dampferversammlung im Saale des Restaurants „Mars-la-Tour“ ab. Es war zunächst nötig, eine Keimzahl des Vorstandes vorzunehmen; die drei ausstehenden Mitglieder, Justizrat Wiede, Kaufmann S o m m e l e r und Dr. med. Flemming, wurden wiedergewählt. Der Jahresbericht war günstig, ebenso der Bericht der Hauptversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende von Schöten berichtete hierauf über wichtige Sitzungen, die Anfang Juli in Weimar stattfanden. Vor 50 Jahren wurde in Gohla das erste Krematorium eröffnet; jetzt haben wir in Deutschland 88 Krematorien, in denen im letzten Jahre 48 000 Leichen eingeäschert wurden. In Halle sind im letzten Jahre 20 Prozent aller Verstorbenen eingeäschert worden. Das Ansehen der toten Vereinsmitglieder zu ehren, erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Der bedachte Rostkämpfer für die Feuerbekämpfung in Preußen, Sanitätsrat Dr. Müller aus Oagen in Wehlafen wurde aus Anlaß seines 75. Geburtstages zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt.

Mit Frühlingsbeginn

kommt so recht die Zeit für

NIVEA-CREME

denn im Frühjahr ist unsere Haut besonders empfindlich, weil ihre Widerstandsfähigkeit im Winter durch die wärmende Kleidung stark herabgesetzt ist. Pflügen Ihre Haut bleibt dann wunderbar zart. Sie Ihre Haut mit Nivea-Creme, denn sie, und wird niemals rissig und spröde. Erhältlich in Dosen zu M. 0.20, 0.30, 0.60 u. 1.20 sowie in Tuben zu M. 0.60 u. 1.00

Die Liquidation der Raiffeisenbank

Die Preußenkasse beherrscht 8000 Genossenschaften

Die Vereinheitlichung des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist gestern einen entscheidenden Schritt vorwärts gekommen. Zwar ist von der Generalversammlung der Deutschen Raiffeisenbank A.-G. in Berlin keineswegs ein formeller Liquidationsbeschluss gefasst worden. Aber das wird in auch nicht möglich sein, während die Berliner Zentralbank nur noch Genossenschaftlichen Verträge von 200 bis 250, die bestimmte Eigenorganisationen endgültig auflösen wird bzw. wer die Leitung derselben übernimmt, als auch wieder Nebeneinrichtung darüber erstellt ist, wie die Zusammenlegung der einzelnen territorialen Genossenschaftsverbände unter Verbandsstellen erfolgen soll. Der der Generalversammlung der Deutschen Raiffeisenbank vorgelagert und von ihr genehmigte Vertrag mit der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse dient lediglich dazu, das Aufnahmefähigere dieser Zusammenlegungen in einzelnen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck werden die bisherigen Filialen der Bank zunächst vertrieben und während der Berliner Zentralbank nur noch Verwaltungsorgane existiert. Dadurch entstehen 14 selbständige Verbände, die sich verpflichten, ihre gesamten Streitgeschäfte bis Ende 1930 ausschließlich durch die Preußenkasse zu erledigen, die also nunmehr die Zentralität der Raiffeisenbank übernimmt. In diesem Sinne werden die bisherigen Filialen der Bank zunächst vertrieben und während der Berliner Zentralbank nur noch Verwaltungsorgane existiert. Dadurch entstehen 14 selbständige Verbände, die sich verpflichten, ihre gesamten Streitgeschäfte bis Ende 1930 ausschließlich durch die Preußenkasse zu erledigen, die also nunmehr die Zentralität der Raiffeisenbank übernimmt. In diesem Sinne werden die bisherigen Filialen der Bank zunächst vertrieben und während der Berliner Zentralbank nur noch Verwaltungsorgane existiert. Dadurch entstehen 14 selbständige Verbände, die sich verpflichten, ihre gesamten Streitgeschäfte bis Ende 1930 ausschließlich durch die Preußenkasse zu erledigen, die also nunmehr die Zentralität der Raiffeisenbank übernimmt.

Präsident des Raiffeisenverbandes, Herr v. Braun, eine Rede, in der er überzeugend nachwies, daß die Liquidation nicht deshalb vorgeschlagen werde, weil die bekannten großen Verluste dazu zwingen, sondern lediglich, weil man die Vereinheitlichung des Genossenschaftswesens für eine Schicksalsnotwendigkeit hält. Die behaupteten Verluste hätten den Raiffeisenbank zwar beunruhigt, aber nicht erschüttert, und der zunächst gewählte Weg der Sanierung durch Aufnahme eines Ueberbrückungskredits von 40 Mill. bei der Preußenkasse unter Wahrung der einzelnen Raiffeisenbankgenossenschaften habe es ermöglicht, die weitere Entwicklung in Ruhe abzumachen. Es ist inzwischen gelungen, die Anleihen erfolgreich heranzubringen, die Zinsen der Ueberbrückungskredits haben auch im letzten Jahre wieder aufgebracht werden können, so daß es sogar möglich gewesen ist, den Stand des Ueberbrückungskredits von 2 Mill. zu senken. Wenn dieser durchaus erfolgversprechende Weg jetzt um die Vereinheitlichung des Genossenschaftswesens willen verlassen wird, so bedeutet das zunächst sogar eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Verluste auf 48 Mill. bis zum Ende dieses Jahres. Einigen Warenanleihen in Höhe von 7,6 Mill. und schließlich die Liquidationskosten selbst von 1 Mill. treten. Aber die Verdrüsslichkeit der Organisationsform des Raiffeisenverbandes und des Raiffeisenverbandes zwingt eben dazu, zur Vereinigung beider den letzten zu bevorzugen.

Die Vorteile der Vereinheitlichung werden sich nicht nur schon von heute auf morgen auswirken und den parasitären Zuständen in der deutschen Landwirtschaft sind wir auch dann noch recht wohl entfernt. Aber der Weg zur Regelung der Abfertigung, zum Ausbau der Vermögensverwaltung und Abfertigung der Raiffeisenbank, der bisher im wesentlichen durch die Raiffeisenbank selbst schon vor 50 Jahren die Einigung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens mit Nachdruck durchgeführt habe.

Nicht verheimlicht sei, daß Herr v. Braun wiederholt die Unterlassung der Willigkeit der Preußenkasse und ihre anschließende Einwirkung bei der Vereinheitlichung betriebsmäßig erwerbend hervorhebt. Aber man ist an bezügliche offizielle Erklärungen möglicherweise Genossenschaftler nachgehend gewöhnt und kann sich des Einbruchs nicht recht erwehren, daß sie niemals Ausdruck eines Herzensbühnens darstellten, sondern ihre vorläufige Formulierung nicht ziemlich deutlich darauf schließen, daß man damit lediglich dem Gebote der Anstalt folgt. Bedenklich ist nur, daß die Preußenkasse unter allen Umständen die feste vertragliche Bindung des Geldverkehrs der Genossenschaften an die Verbände, bzw. dieser an die Preußenkasse für die nächsten 4 Jahre. Das soll natürlich einerseits der Preußenkasse ermöglichen, einen festen Grund auf den Zustandkommen der Vereinheitlichung zu gründen, nimmt aber den Verbänden die Möglichkeit, sich von der Preußenkasse notfalls loszulösen. Die große Vorarbeit Genossenschaft sowie vorher die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft haben ihre Engagement bei der Preußenkasse geleistet, das dieses Antritt wegen seiner Polierbarkeit nur einmal nicht mehr das völlig ungeteilte Vertrauen der Genossenschaftler genügt. Wenn weiter zuletzt die Preußenkasse ihre Zinslinie allmählich senkt, erhöht hat, daß die Geschäftsbereitschaft für die Genossenschaften kaum noch einen besonderen Vorteil darstellt, andererseits aber die Großbanken (vor allem wohl die Dresdener Bank) schon heute recht lebhaftes Interesse daran zu haben, sich an der Liquidation der Raiffeisenbank zu beteiligen zu gewinnen, ist der jetzt gefasste Entschluß, der über 8000 deutsche Genossenschaften in einer Kreditbitte der Preußenkasse geteilt unterwirft, auf die Dauer zweifellos völlig unzulässig.

Dr. Bickelich.

geschäft fast vollständig fehlen. Dies nach Angaben der Bank den bahnähnlich unbefriedigende Ergebnis wird darauf zurückgeführt, daß die Zinsmargen in Anbetracht des Umfanges, daß die Bank ihre wirtschaftliche Funktion als Geldgeber für die Wirtschaft durch die Verzinsung des Auslandes, wo die Zinslinie ebenfalls ein steigende Tendenz aufweisen, ermöglichen konnten, hart zurückgegangen sind. Die Mitten der Banken bei Erfüllung ihrer Aufgabe der Aufrechterhaltung des großen wirtschaftlichen Kreislaufs trotz der schmalen Basis des Kapitalmarktes und bei einer vielfach verbleibenden Wirtschaftspolitik seien demnach besonders groß.

Die Ausgaben seien folgendermaßen aufammen:

R.-M.	R.-M.	R.-M.
Bermaltungslohn	56 184 725	55 128 040
Steuern	10 037 441	9 886 522
Gewinnabzug einfl. Vortrag	16 710 849	16 270 552

Die Steigerung der Sanftmühenlohn sind im wesentlichen auf die erhöhte Belastung der Wohlfahrtsleistungen und Pensionen, sowie auf Zahlung höherer Gehälter und auf einmalige Einkünfte, die im Interesse der teilweisen Modernisierung bestehender Abteilungen gemacht werden konnten, zurückzuführen. Von den Anleihen entfallen auf persönliche Ausgaben 81,20 Prozent der Gesamtsumme aus schließlich Steuern; das ist ungefähr das gleiche Verhältnis wie im Vorjahre. Die Steuern haben sich entgegen den Erwartungen weiter erhöht, sie betragen 10 Prozent der Dividende gegen 10 Prozent im Vorjahre. Der Gewinn für folgende Verwendung finden: 12 Prozent Dividende = 7 800 000 R.-M. (wie i. V.), Einlage in die besondere Reserve 5 Mill. R.-M. (wie i. V.), Zantime des Aufsichtsrats 450 000 R.-M. (wie i. V.), Zantime des Aufsichtsrats für 1928 1 Mill. R.-M. (wie i. V.). Es verbleiben zum Vortrag 8 030 949 R.-M.

Präsident Braun hob A. G. in Meuselwitz. Das Unternehmen konnte einen von 745 500 auf 778 449 R.-M. erhöhten Bruttogewinn erzielen. Nach weiteren höheren Abschreibungen von 300 136 auf 134 R.-M. verbleibt ein Reingewinn von nur 488 308 R.-M. gegenüber 504 985 R.-M. i. V. Ein schließlich der Wertes aus dem Vorjahre von 17 988 R.-M. nach der Hauptversammlung 400 571 R.-M. zur Verfügung. Es wird vorgeschlagen, wieder 15 Prozent auf die Stammaktien und wieder 10 Prozent

Landwirte!

Die Kartoffelindustriellisten läßt mitteilen, daß sie in der Regel die großen Mengen von angezeigten Kartoffeln aus den Provinzen zu verarbeiten. Es empfiehlt sich jedoch häufige Lieferungen, da beim Ankaufen die Kartoffeln nicht mehr zu retten sind.

Verwertung der deutschen Kartoffelernte

Bei einer mittelmäßigen Kartoffelernte in Höhe von 40 Millionen Tonnen verteilt sich der Verbrauch wie folgt:



Der jetzt im Frühjahr eintreffende Bedarf an Speisekartoffeln kann, selbst wenn ein Teil der Ernte des vergangenen Jahres in den letzten Monaten abgetrieben wurde, nur aus den anderen Vorräten gedeckt werden, da durchschnittlich nur 30 Prozent der deutschen Kartoffelernte für Speisekartoffeln in Betracht kommen, von denen ein großer Teil ja schon in den Wintermonaten verbraucht ist.

auf die Vorkaufskasse zu verteilen und 10 971 (17 388) R.-M. neu vorzutragen. Der Geschäftsergebnis stellt sich, daß die gegen das Vorjahr erhöhte Produktion glatt abgesetzt werden konnte. Die im letzten Jahresertrage erzielten Erträge und Geschäftsergebnisse und die gleichzeitig eingetretene Arbeitsverteilung brachten erneut eine erhebliche Steigerung der Betriebsergebnisse mit sich, die in den Kreisverträgen unter einem gewissen Ausmaß gefunden haben. Es wurden moderne Betriebsleistungen geschaffen, deren Kosten in der Bilanz schrittweise bezogen sind. Weiter sind ein Doppelbrotbackenofen und ein Röhrenkamin in Auftrag gegeben. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt einen Betriebsergebnis von 1 631 113 (1 473 697) R.-M., wozu allgemeine Geschäftsergebnisse 840 398 (714 694) R.-M. und Abschreibungen 890 248 (241 184) R.-M. erforderten. Bei unverändert 4 068 000 R.-M. Aktienkapital ist der Bilanzgewinn von 207 061 auf 338 806 R.-M. Der Rücklagenfonds beträgt 580 000 (440 000) R.-M., ferner Neuzahlung mit 46 057 (91 754) R.-M. und neue eine Steuerumlage mit 75 321 R.-M. Auf der Gegenseite sind die Aufwendungen mit 605 217 (538 651) R.-M. leicht zurückgegangen, während sich die Rücklagen von 600 921 auf 683 052 R.-M. erhöhten. Die Verluste sind mit 184 940 (172 805) R.-M. angefallen. Die Betriebsgebäude erfordern einen Zugang von 339 866 R.-M. und werden nach Abschreibungen mit 600 000 (349 500) R.-M. ausgewiesen. Der Zugang an Maschinenfonds beträgt 168 600 R.-M. Nach 107 664 R.-M. Rücklagen werden Maschinen mit 811 000 (820 000) R.-M. verzeichnet. Heber das laufende Geschäftsjahr werden Ausfahrungen nicht gemacht. (Hauptversammlung 28. März.)

Frankfurter Abendbrot

Frankfurt, 14. März. Die freundliche Stimmung des heutigen Abends wird auch am Abendbrot an: das Geschäft war in einigen Spezialbetrieben etwas lebhafter, als man es in letzter Zeit gewohnt war. Vor allem bekannt für Farben, A. C. C., Gesell, Schubert und Siemens, die gegen den Berliner Schluss bis zu Preisen gewonnen konnten, etwas lebhafter Nachfrage. Auch Kaufmännische lagen weiterhin gut gefragt, und außerdem zogen Bismarck, Hoff, Waldbro und Nord. Es wird leicht an. Für Waburms madde sich auf die unveränderte Dividende etwas Interesse geltend, so daß auf dieses Papier 1 Prozent gewonnen konnte. Die Haltung blieb auch im Bereiche fremdbillig, da die aus New York gemeldeten hohen Anleiherente orientiert. Am Abendbrot waren Amerikaner Waburms mit 76 Dollars feier, der Rentenmarkt lag vernachlässigt.

Mansfeld

Die Mansfeldkassern, nach denen wiederum 7 Prozent Dividende verteilt werden, sind bereits bekannt. In dem nunmehr vorliegenden Geschäftsbericht wird zunächst nochmals darauf hingewiesen, daß den höheren Erträgen infolge der Erzeugung des Kupfererzes und der Erzeugung von Kupfererz, die Erträge der Zölne und Gehälter sowie der Arbeitsverhältnisse und infolge weiterer Erhöhungen der sozialen Klassen, der Materialpreise, wie auch der Preisen, gegenübergefallen haben. Wadman ist zu berücksichtigen, daß die Steigerung des Kupferpreises im wesentlichen in der Höhe der Kupfererze, die durch die Erzeugung des Kupfererzes betrug im Berichtsjahr, wie bereits früher erwähnt, 18,90 Cent = 189,73 μ per 100 Kilogramm gegenüber 18,54 Cent = 185,35 μ im Vorjahre. Die Kupfererzeugung aus eigenen Erzen ist von 21 298 Tonnen im Vorjahre auf 20 716 Tonnen gelangten und die Silbererzeugung von 118 506 Kilogramm auf 112 845 Kilogramm. Der Grund hierfür ist, daß im Berichtsjahr der Kupfer- und Silberertrag aus dem Abbau der alten Hüften im Jahre 1927 angefallenen Kupfererzstätten fehlt. Die Verrechnung aus eigenen Erzen von der Kupfer- und Silbererzeugung aus eigenen Erzen betrug 600 000 μ . Die Reinergebnisse wie Schmelzverluste, Schwefelverluste, Blei, Zinkoxyd, Antimonit usw. brachten gegenüber dem Vorjahre zum Teil Mehrerträge, doch sind auch hier die Selbstkostensteigerungen eingetreten, so daß im Endergesamt kein Mehrertrag aus Reinergebnissen bleibt. Die Abschreibung der Zinsen für den Preis für Zinkoxyd auf der Bilanzlage hat sich nicht geändert. Abgesehen hiervon hat diese einen guten Augen gebracht. Die Entwidlung des Kupfer- und Silberertrages im Berichtsjahr zeigt im Berichtsjahr Steigerung und zwar infolge der nunmehr in Betrieb genommenen technischen Verbesserungen ein im großen ganzen erfreuliches Bild. Der Betrag des Steinbohlenbezuges zum dem Gesamtüberschuss des Konzerns war wegen der ungünstigen Marktverhältnisse der waldigen Verhältnisse im Steinbohlenbetriebe nicht unerheblich geringer als im Vorjahre. Bei dem niedrigen Pfenningsfuß war mit Ausnahme der Steinbohlenherstellung eine Abfertigung zu bezugnehmen und infolgedessen auch eine Gewinnsteigerung.

Der Geschäftsjahr bei der Mansfeldwerk Metallhandel hat sich normal entwickelt. Mit nennenswerten Ueberflüssen aus diesem Geschäftsjahr kann in Betracht der waldigen Verhältnisse im Metallhandel argentei nicht gerechnet werden. Der Bericht läßt sich aus über die Entwidlung der Löhne in den Betrieben, der Durchschnittslohn der Erzhauer für von 7,56 μ im Dezember 1927 auf 8,61 μ im Dezember 1928 gelieferten. Für die Gesamtbeschäftigten werden die entsprechenden Löhne mit 608 879 μ angegeben. Damit ist im Vergleich mit den Preisen des Jahres 1927 der Erzhauer um 91,76 Prozent und derjenigen der Gesamtbeschäftigten um 65,53 Prozent gelieferten. Leider können die Arbeitnehmer infolge der hohen Wäbige für die Sozialversicherung nicht in vollem Umfang in den Genuss ihrer Vorsehungen. Die Beteiligung an dem Profitschuss der Mansfeldwerk Metallhandel betrug mit 1 700 000 μ besitzend. Die Förderung ist zum größten Teil durch

entsprechende Sicherheiten bedeckt. Heber die Reichtumsformel dieser Sicherheiten muß ein Urteil entfallen. Sollten Ausfälle hierüber eintreten, so enthält die Bilanz genügend innere Rücklagen, um hier zu bedenken. Der Umsatz im Konzern wird auf etwa 300 Millionen gegen 216 Millionen im Vorjahre besitzend.

In der Bilanz haben die Anlagevermögen einen Zugang von 6,47 Millionen erfahren und liegen nach Berücksichtigung der diesjährigen Abschreibungen der Anlagevermögen auf 206 (232) Millionen. Die Erhöhung der Anlagevermögen ist hauptsächlich durch die Reuontagen auf dem Kupfer- und Metallgewerbe, verschiedene Verbesserungen auf den Mansfeldischen Schächten und Hüften sowie den Aus- und Umbau des Braunkohleerwerbs in Gelsenkirchen entstanden. Der Vorrat nach angerechnete Vorräte ist von 1 200 926 auf 1 273 705 Millionen anzuwachsen. Die Vorräte werden mit 206 (232) Millionen μ ausgewiesen. Bedarf mit 2,59 (3,76) Mill. μ . Des Disagio der Dollaranleihe liegt nach einer weiteren Abschreibung von 250 000 μ noch mit 250 000 μ zu Buche. Ausgehenden belaufen sich auf 24,05 (20,22) Millionen μ , Vorräte auf 9,61 (9,38) Mill. μ , ferner entfallen etwa zwei Drittel auf Wechsel. Man darf annehmen, daß sich in diesem Jahre nicht unerhebliche stille Reserven befinden. Auf der Passivseite werden das Stammkapitalkapital unverändert mit 87,5 Mill. μ , das Vorkaufskapital mit 575 000 μ und die Reserven unverändert mit 6 Mill. μ ausgewiesen. Anleihen weisen eine geringe Zunahme von 1 707 auf 1 779 Mill. μ auf, die Zollanleihe 1928 liegt nach Rücklauf von 445 200 μ noch mit 11 784 800 (12 180 000) μ zu Buche. Die Verpfändensrente beträgt unverändert 265 000 μ . Hypotheken wurden von 0,561 auf 0,519 Mill. Reichsmark ermäßigt. Verpflichtungen insgesamt 42 280 (im Vorjahre 44 076) Mill. μ . Die im diesem Jahre spezialisiert worden und zwar werden ausgemessen: Rembourskredite mit 15 074 Mill. μ , Sanftkredite mit 11 708 Mill. μ , Vorkaufskredite, Leihkredite, Restkredite und Rembourskredite zusammen 22 801 Mill. μ , Leihkredite, Steuern, rückständige Löhne usw. mit 4 696 Mill. μ und sonstige Verpflichtungen mit 7 781 Mill. μ .

Darmstädter und Rationalbank

Wieder 12 Prozent Dividende.

Die Einnahmen seien sich wie folgt zusammen:

	1928	1927
	R.-M.	R.-M.
Prozessionen	41 023 739	40 161 618
Zinsen	34 818 223	33 845 965
Effekten und Kontrahalgewinne	5 000 000	5 000 000
Vertrag von Vorjahre	2 877 874	2 877 874

Wie der Bericht hieraus ausfließt, konnte sich das Ertragsverhältnis des Bankunternehmens der erhöhten Umsätze, die von rund 170 Milliarden R.-M. im Vorjahre auf rund 220 Milliarden R.-M. auf einer Seite des Hauptbuches anwachsen, nur in geringem Maße verheben und auch die Einnahmen auf dem Profitschusskonto zeigen nur eine geringe Zunahme von rund 200 000 R.-M., nachdem auf diesem Konto die nennenswerten Einnahmen des Jahres 1927 aus dem Effekten-